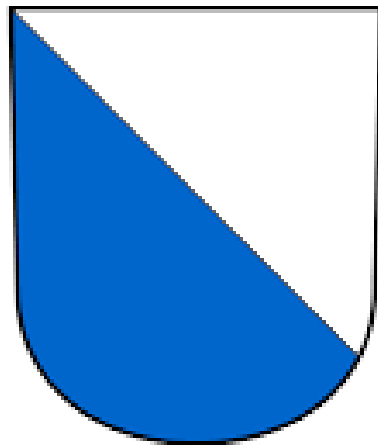


# **Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik**

**Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen**



**Juni 2022**

## 1. Juni

Gerade mal 17% der Mitglieder der Zürcher Kunstgesellschaft haben an der Bestimmung des neuen Präsidenten der Kunstgesellschaft teilgenommen. Bestimmung und nicht Wahl, da nur ein einziger Kandidat zur Auswahl stand. Von diesen gaben nur 63.4% ihre Stimme diesem Kandidaten. Er besitzt also das Vertrauen von 10,9% der Mitglieder. Kein furioser Vertrauensbeweis für diesen Exponenten der Zürcher Finanzaristokratie!

Die neugewählte SP-Stadträtin und frühere Veloaktivistin wurde vom Obergericht Zürich vom Vorwurf eines Verstosses gegen die Covid-19-Verordnung und der Teilnahme an einer verbotenen Veranstaltung freigesprochen, nur schon weil das damalige Verbot vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als Verletzung der Versammlungsfreiheit gebrandmarkt worden war.

Die Schlaumeier der Migros hatten ausserhalb des Zürcher Bahnhofareals eine «unbediente» Filiale mit Self-Check-out-Kassen (was für eine schreckliche Sprache!) eingerichtet, die von einem Sicherheitsmann bewacht wurde und von Angestellten der Bahnhof-Migros-Filiale am Sonntagmorgen jeweils mit frischer Backware bedient und diese auch eingeräumt hatten. Für die Gewerkschaft Unia eine klassische Umgehung des Sonntagsarbeitsverbotes. Das kantonale Verwaltungsgericht sieht es auch so und pfeift damit das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit zurück, auch dieses, das die Migros-Konstruktion vorab abgesegnet hatte, müsse sich an die Bundesgesetzte halten. Der Migros bleibt den Weiterzug des Urteils an das Bundesgericht offen. Bis dann bleibt der Laden auch am Sonntag offen.

Eine Idylle mitten in der Grossstadt zeigen Visualisierungen eines autofreien Bahnhofplatzes und eines neu gestalteten Central. Hier der Link für Jene, die dies genauer anschauen wollen.

<https://stufe2.testplanunghbcentral.ch/> Für Diskussionen, auch um den Platz für die Autos, ist gesorgt.

## 2. Juni

Die Spekulationsgewinne der Erdöl- und der Gasbranche im Rahmen des Krieges in der Ukraine haben zu «horrenden Preissteigerungen» geführt. Am stärksten betroffen ist auch in Zürich die einkommensschwächste Schicht der Bevölkerung. Nach dem Willen des Gemeinderates sollen Bezüger\*innen von Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen bei der Krankenkasse eine Energiezulage erhalten. Der Stadtrat soll eine Vorlage ausarbeiten.

## 4. Juni

Auf dem Rechtsweg macht das Fahrrad weiteren Fortschritt. Das Verwaltungsgericht hat dem Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) Recht gegeben und die Stadt angewiesen, auf einem engen Abschnitt an der Badenerstrasse dennoch einen Velostreifen einzuplanen, dessen Weglassung wäre «rechtsverletzend».

## 8. Juni

Die Baugenossenschaften ABZ (Allgemeine Baugenossenschaft Zürich) und BEP (Baugenossenschaft des eidgenössischen Personals) besitzen an der Seebahnstrasse zwei nebeneinander liegende, etwa 100-jährige Siedlungen. Diese wollten sie sanieren, sind dann aber zur Ansicht gelangt, eine Sanierung wäre «unverhältnismässig teuer». Mit einem Ersatzneubau könnte deutlich mehr zeitgemässer und kostengünstiger Wohnraum geschaffen werden. Zusätzlich sollten doppelt so viele Bewohner\*innen Platz finden. Das Projekt heisst der vielen geplanten Innenhöfe wegen «Seebahnhöfe». Im Jahre 2008 begann die Planung. Erste Hürde: der Heimatschutz. Er rekurrierte gegen die Entlassung aus dem «Inventar der schützenswerten Bauten» durch den Stadtrat im Jahre 2011. 2016 wurde

durch die Gerichte letztendlich entschieden, dass dieser Beschluss rechtens war. So konnte ein Gestaltungsplan in Angriff genommen werden. Zweite Hürde: der Lärmschutz. Bislang behalf sich der Kanton Zürich einer Schummelei beim Lärmessen, um über das seit 2011 bestehende Bauverbot bei Überschreiten der Grenzwerte der Lärmschutzverordnung des Bundes. Ein Bundesgerichtsurteil aus dem Jahre 2016 verbot diese Praxis. Architekturkritiker warnen in diesem Zusammenhang vor Strassenfassaden, die eher an Lärmschutzwände als an Wohnhäuser erinnern. Berücksichtigt, muss auch die Tatsache, dass die heutigen Bewohner\*innen einer ungleich höheren Lärmbelastung ausgesetzt sind, als die zukünftigen Bewohner\*innen. Die Stadt plant, auf der viel befahrenen Seebahnstrasse Tempo 30 einzuführen, was den Lärm zwar vermindern würde, aber immer noch zu hoch wäre. Dritte Hürde: Vorgaben durch die Stadt auf Grund der neuen kantonalen Gesetzgebung. Es müssen «preisgünstige Wohnungen» geschaffen werden. Dies gilt auch für Wohnbaugenossenschaften, die auf dem Prinzip der Kostenmiete basieren. Mit «preisgünstigen Wohnungen» entsteht eine neue Kategorie. Hier will die Stadt Einfluss auf die Belegungsvorschriften nehmen, ein Novum bei einer Baugenossenschaft auf nichtstädtischem Land. Diese offenen Fragen müssen geklärt sein bevor der Gestaltungsplan verabschiedet werden kann. 14 Jahre Planung...

9. Juni

Restaurants und Bars in der Stadt Zürich dürfen in Zukunft keine Werbeschilder für Biermarken an den Fassaden der Wirtshäuser mehr anbringen. Bestehende Werbeschilder dürfen bleiben. Die Stadt benützt für diese Verbot Vorschriften über Werbung auf öffentlichem Grund und argumentiert mit dem Jugendschutz und der Suchtmittelprävention. Unsere Stadtmütter und -väter beschützen uns umfassend!

Die Elektrizitätswerke der Stadt Zürich möchten die ihnen gehörige Marmoreastaumauer um 14 Meter erhöhen, um 55 Gigawattstunden zusätzlicher Winterenergie zu produzieren. Es sollen rund 200 Millionen Franken investiert werden. Nun meldet sich aber der Kanton Graubünden und erinnert daran, dass das Marmoreawerk im Jahre 2035 an Graubünden heimfallen wird. Eine Verlängerung der Konzession sei nicht vorgesehen. Verhandlungen zwischen den beiden Partnerinnen sind erst sehr zögerlich angelaufen.

10. Juni

Lehrkräftemangel auch in unserem Kanton. Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) bietet Kurse für Neueinsteiger\*innen an zur Unterstützung bei der Vorbereitung und Planung des Unterrichtes. Die Aufnahme in die Ausbildung der PHZH wird für all jene erleichtert, die ab kommendem Schuljahr ohne Diplom unterrichten. Der Zürcher Lehrerinnen und Lehrerverband (ZLV) kritisiert die Massnahmen. Die Massnahmen brächten zwar eine Entlastung der Schulen, bekämpft würde aber nur das Symptom. Das Grundproblem sei die permanente zeitliche Überlastung der Lehrpersonen. Der VPOD schliesslich meint, der Mangel an pädagogischen Fachkräften rühre nicht daher, dass sich zu wenig Menschen für diese Berufsrichtung entscheiden, sondern dass Viele vorzeitig wieder abwandern oder ihr Pensum reduzieren.

Der Ersatz der Heizung am Ende der Lebensdauer ist neu grundsätzlich nur noch mit nachhaltigen Systemen wie einer Wärmepumpe, über ein Fernwärmenetz und mit einer Holzschnitzel- oder Pellettheizung zulässig. Die entsprechende Verordnung tritt am 1. September in Kraft. In einer Mitteilung wird darauf hingewiesen, massgebend für die Einhaltung der neuen Bestimmungen sei das Datum der Bewilligung, nicht der Zeitpunkt, wann das Gesuch eingereicht wird. Für Öl- und Gasheizungen wird es langsam eng.

In einem Vorstoss im Gemeinderat fordern die Grünen, dass sämtliche städtische Vorlagen auf ihre Netto-Null-Verträglichkeit geprüft werden. Im Rat ist die Netto-Null-Strategie breit abgestützt, nur

die SVP lehnt sie ab. Ihr Fraktionschef meint: «Die linken Parteien habe sich von der radikalen «Klimajugend» in Beschlag nehmen lassen. Als Resultat kommt solch ökologisch unsinniger und wohl kostenintensiver Quatsch heraus». Da hat wieder einmal Jemand Klartext gesprochen!

14. Juni

Sammlung Bührle und kein Ende. Es geht offenbar gar nicht mehr um die Bilder, sondern um die Aufarbeitung ihrer Herkunft und um Zeit ihrer Erstedung. Da sind wir mitten in der Nazi-Zeit, und da wollen die Bürgerlichen im Kantonsrat nicht auch noch zur Aufklärung mithelfen. Folgerichtig haben sie im Kantonsrat einen Vorstoss von Links bekämpft, der eine lückenlose Herkunftsforschung der Bilder mit finanzieller Hilfe des Kantons forderte. Ganz knapp, mit einem Zufallsmehr von 83 zu 82 Stimmen kam der Vorstoss dennoch durch.

15. Juni

Das von der SBB geplante Geschäftshaus am Bahnhof Tiefenbrunne mit einer Länge von 125 Metern und einer Gesamtmietfläche von 6'300 Quadratmetern kann gebaut werden. Das Bundesgericht hat Einsprachen gegen das SBB-Monsterprojekt abgelehnt.

Da ist bei einer Personenkontrolle durch einen 33-jährigen Kantonspolizisten, der schlussendlich zum Pfefferspray griff, um einen 72-jährigen Rentner zu «beruhigen» einiges schief gelaufen. Das Bezirksgericht erkennt, der Beamte habe davon ausgehen können, dass der Rentner ihn angreifen würde. Er habe sich zwar nicht in einer Notwehrsituation befunden, der Einsatz des Pfeffersprays sei aber verhältnismässig gewesen, also Freispruch.

16. Juni

Der Flughafen Kloten plant die Zukunft. Das Dock A, das älteste Dock, ist in die Jahre gekommen und soll durch einen Neubau ersetzt werden. Das Neubauprojekt, das als Siegerin aus dem Architekturwettbewerb hervor ging, beläuft sich auf rund 700 Millionen Franken und soll etwa im Jahre 2030 in Angriff genommen und im laufenden Betrieb realisiert werden. Eine wesentliche Kapazitätserweiterung der Flugbewegungen ist nicht geplant, ein starker Ausbau der kommerziell genutzten Fläche hingegen schon. Auch der alte Tower muss einem Neubau weichen.

Geplant war die Einführung der Tagesschule in der Stadt Zürich auf den 1. Januar 2023. Nun soll der Start auf Mitte August 2023 verschoben werden, da erst nach dem Entscheid des Stimmvolkes über die Tagesschulen am 25. September mit der Detailplanung begonnen werden kann.

Nach einem Brand in der Roten Fabrik im Jahre 2012 wurde gegen ein Sanierungsprojekt Einspruch erhoben. Der Rechtsstreit verzögerte die Realisierung und wird jetzt, nach der Baufreigabe, neu 30,6 Millionen Franken kosten, also 6,4 Millionen Franken mehr, also ursprünglich budgetiert.

Der Üetlihof, der riesige Bürokomplex, von der Credit Suisse gebaut und später an den norwegischen Staatsfonds verkauft, ist zu haben. Die Stadt wollte den Komplex für über eine Milliarde Franken kaufen. Da sind die Bürgerlichen natürlich dagegen, denn, so die SVP, steht hinter dem Ansinnen eine sozialistische Ideologie. «Grund und Boden soll aber in privater Hand bleiben!» Einige Linke hatten Vorbehalte gegenüber einer allfälligen Umnutzung zu Wohnungen und bezweifelten die Anzahl möglicher Wohnungen. Andere wiesen auf die «kommende Klimakatastrophe» hin, die viele Anlagen wertlos machen würden. So hat denn eine unheilige Allianz im Gemeinderat dieses Projekt, das für die Stadt lukrativ gewesen wäre, mit 61 Nein gegen 57 ja bachab geschickt.

17. Juni

Um es doch noch auf die definitive Spitalliste zu schaffen, will sich das Spital Affoltern auf seine Kernkompetenzen in der Alters- und Palliativmedizin konzentrieren, aber auch seinen 24-Stunden-Notfall weiter betreiben. Auch das ambulante Angebot soll ausgebaut werden. Dafür wird die chirurgische Abteilung geschlossen. Der Regierungsrat entscheidet im August.

Die Winterthurer Stefanini-Stiftung besitzt über 100'000 Objekte, darunter auch über 6'000 Gemälde, auch Werke bedeutender Meister. Die Herkunft von gewissen Bildern ist nicht klar ersichtlich. Deshalb werden die Bilder einer genauen Provenienzforschung unterzogen. Bei Verdachtsmomenten folgt dann eine Tiefenrecherche, dies alles nach den Vorgaben des Bundesamtes für Kultur.

21. Juni

Der Freisinnige Ständerat hat angekündigt, dass er bei den Neuwahlen im Jahre 2023 nicht mehr antreten werde. Die Freisinnigen werden mit der heutigen Nationalrätin und Direktorin der Zürcher Handelskammer, einer Interessenvertreterin der Wirtschaft mit rund 1100 angeschlossenen Unternehmen, in den Wahlkampf ziehen.

Die PHZH, die Pädagogische Hochschule Zürich, zuständig für die Ausbildung von Lehrpersonen, tritt die Flucht nach vorne an und will Studierende, die noch keinen Abschluss haben, dazu bewegen, sofort eine Lehrer\*innen-Stelle anzutreten und die Ausbildung später abzuschliessen.

Im kantonalen Jugendasylzentrum Lilienberg in Affoltern am Albis brodelt es. Moniert wird Überbelegung, zu wenig Personal und depressive Jugendliche. Ein Postulat im Kantonsrat forderte, dass für Lilienberg in Zukunft die gleichen Qualitätsanforderungen gelten sollen wie bei den übrigen Kinder- und Jugendheimen im Kanton Zürich. Der zuständige Regierungsrat, Mario Fehr, wehrte sich gegen Vorwürfe und sprach sich gegen die Dringlichkeit dieses Postulates aus. Auch SVP und GLP waren dagegen, aber da auch die FDP dafür war, wurde das Postulat mit 93 Stimmen für dringlich erklärt.

23. Juni

Langsam beginnen die Gemeinden zu reagieren und stellen sich auf die Hinterbeine gegen eine Anordnung des Regierungsrates, einige Baubewilligungen in Kleinsiedlungen, die auf einer Liste stehen, die aus Bauzonen gekippt werden sollen, ihm, dem Kanton zur Genehmigung (oder Ablehnung) vorzulegen. Bislang fiel dies in die Kompetenz der Gemeinden. Die Liste umfasst 276 Kleinsiedlungen, die überprüft werden sollen. Etwa 130 dieser Weiler werden wohl mit einem Bauverbot belegt werden. Der Kanton folgt damit einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes, das sich eine nur am Rande wahrgenommene Bestimmung des Bundes zur Leitschnur gemacht hat. Für die Freisinnigen ist dies eine «kalte Enteignung».

Auch der Zürcher Gemeinderat hat sich mit dem Fall Lilienberg befasst. Anlass war die Präsentation des Geschäftsberichtes der Asyl-Organisation Zürich, AOZ. Die AOZ betreibt im Auftrag des Kantons das Asylzentrum. Das Parlament lehnte diesen Geschäftsbericht wegen Lilienberg ab, was ein klares Misstrauensvotum gegenüber der AOZ ist. Der Gemeinderat fordert eine Untersuchung durch eine externe Firma, wobei auch die Strukturen der AOZ untersucht werden sollen.

Im Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz geht die Abwärme heute ungenutzt in die Aussenluft. Das soll sich ändern. Die Stadt will an fünf bis sechs Orten ab 2024 Wärmespeicher bauen für ein Gesamtvolumen von 30'000 Kubikmeter. Die Warmwasserspeicher werden als Riesenzylinder aus Stahl gebaut. Geplant ist eine Höhe von mindestens 45 Metern und einem Durchmesser von mindestens 15 Metern. Die Wärme soll dann bei Bedarf in das Fernwärmenetz eingespeist werden.

Der Stadtrat begrüsst im Prinzip das Hauptanliegen der Gewerkschaftsinitiative, die für die Stadt einen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde fordert. Allerdings will er einen Gegenvorschlag erarbeiten, der eine Ausnahme bei Jugendlichen unter 25 Jahren ohne Lehrabschluss vorsehen wird. Das Initiativkomitee erachtet dies als «brandgefährlich» da dies ein Schlupfloch für Lohndumper sein könnte. Jugendliche würden oft mit Nebenjobs ausgebeutet.

24. Juni

Auch die VBZ haben Personalsorgen. Jetzt wollen sie Studierende zu Teilzeit-Trampiloten ausbilden. Eine verkürzte Ausbildung während der Semesterferien soll es bringen. Eingesetzt würden die Studis gemäss ihrer Zeitreserven während des Studiums. Der VPOD, die Gewerkschaft der Trämmer\*innen, ist empört, wurde er doch in diesem Falle, trotz vertraglicher Vernehmlassungspflicht, nicht angehört. Im Raum steht auch der Verdacht, die VBZ wollten mit Billig-Studies Lohnkosten sparen und den Tram Piloten-Beruf abwerten.

Die Britische Publikation «Economist» kommt in der neuesten Erhebung der Lebensqualität der einzelnen Städte zu Schluss, in Zürich sei ein Vorbild für Lebensqualität. Nur Wien und Kopenhagen rangieren auf dieser Liste noch vor Zürich, das auf dem dritten Platz liegt. Im Jahre 2010, dem Jahr der letzten Erhebung, kam Zürich auf Platz 10.

25. Juni

Alt Stadtpräsident Estermann zitierte im Abstimmungskampf um den Rosengarten-Tunnel aus einem ihm zugespielten, vertraulichen Dokument der Kantonsratskommission für Energie, Verkehr und Umwelt in Artikeln in den beiden zürcher Tageszeitungen. Die Kommission reichte darauf Strafanzeige gegen ein. Das Statthalteramt verurteilte ihn daraufhin wegen «Gehilfenschaft zur Veröffentlichung amtlicher geheimer Verhandlungen» zu einer Busse von 800 Franken. Das Bezirksgericht hat ihn nun vollumfänglich freigesprochen.

Die Rosengartenstrasse und die Hardbrücke zwischen Buchegg- und Hardplatz sollen vom 23. Bis zum 25. September währen 50 Stunden für den motorisierten Verkehr gesperrt werden. Dies im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung der JG Westtangente. Der Slogan lautet: «50 Jahre Westtangente – 50 Stunden Ruhe».

Mehr als 15'000 Bauarbeiter\*innen demonstrierten in Zürich für bessere Arbeitsbedingungen sowie Schutz für ihre Gesundheit und für einen neuen Landesmantelvertrag. Doch auf diese Anliegen sind die Baumeister in den bisherigen Verhandlungsrunden gar nicht eingetreten. Der Baumeisterverband will stattdessen den Arbeitszeitkalender abschaffen. Allein die gesetzlichen Limiten sollen gelten.

27. Juni

Als Wandergruppe haben sich Neo-Nazis ausgegeben, als sie ein Pfadiheim bei Rütli mieteten. Die rassistischen Texte, die der sehr lauten Musik zugrunde lagen, haben Anwohner\*innen alarmiert und die Polizei auf den Plan gerufen. Von 53 kontrollierten Personen kamen 36 aus dem Ausland. Die Polizei hat die noch fahrtüchtigen Personen weggewiesen. Am Anlass hätten die deutschen Musikgruppen Oidoxie und F.I.E.L. auftreten sollen. Beide sind Teil des militanten Neo-Nazi-Netzwerk Blood and Honour. In Deutschland ist Blood and Honour seit 2000 verboten, in der Schweiz allerdings nicht! Ein Grossteil der Feiernden stammt aus dem Netzwerk, darunter ältere Kadermitglieder.

Die SVP der Stadt Zürich hat eine neue, sehr selbstbewusste, 28-jährige Präsidentin. Bislang hat man von ihr gehört, dass sie aus dem Vorstand der SVP Kreis 7 und 8 ausgeschlossen wurde, weil sie an den Sitzungen fast nie teilgenommen hatte. Jetzt hat sie grosses im Sinn und verkündet: Der Stil der SVP der Stadt Zürich wird sich ändern! Das kann ja gut werden.

28. Juni

Die Grünen verlangten in einer parlamentarischen Initiative, dass der Flughafen sowohl in der Luft als auch auf dem Lande bis 2040 klimaneutral ist. Der Rat hat die Unterstützung abgelehnt. Es bleibt bei 2050. Eine freisinnige Kantonsrätin zog ihr persönliches Fazit: Die Grünen wollen uns das Fliegen vermiesen und die SP den Flughafen verstaatlichen.

Die Fallzahlen der Sozialhilfe sind in der Stadt Zürich im letzten Jahr leicht zurückgegangen. Die 19'005 Personen, die Sozialhilfe bezogen, ergeben einen Sozialhilfequotient von 4,5%, oder 0,3% unter dem Vorjahr. Während der Pandemie wurde die Sozialhilfe durch Unterstützungsmassnahmen von Bund, Kanton und Stadt stark entlastet. Auch wurde über Monate niemand ausgesteuert. Sobald diese Massnahmen auslaufen rechnet die Stadt wieder mit einem Anstieg der Sozialhilfefälle.

29. Juni

Die Eidgenössischen Rassismuskommission hat den Regierungsrat des Kantons Zürich und vorab die zuständige, sozialdemokratische Regierungsrätin gerügt, da die Justizdirektorin 2021 dem Alba-Fest (kosovo-albanisches Musikfest) die Bewilligung entzog mit Verweis auf die Pandemie und der Bemerkung, das Musikfestival richte sich an eine von Covid-19 stark betroffene Bevölkerungsgruppe, deren Impfquote zu tief sei.

Eine ehemalige Gewerkschafterin und Sozialdemokratische Nationalrätin wollte sich von ihrer neuen Partei, der GLP, als Kandidatin für die Regierungsratswahlen vom Jahre 2023 aufstellen lassen. Die Mitgliederversammlung zog ihr aber den Kantonsrat aus Uster und Berufsschullehrer grossmehrheitlich vor. Jetzt will sie wieder in den Kantonsrat.

Das Zürcher Studienprojekt für eine regulierte Cannabis-Abgabe hat beim Bundesamt für Gesundheit und bei der kantonalen Ethikkommission je ein Gesuch für ihr Projekt eingereicht. Jetzt werden 2'100 Kiffer\*innen gesucht, die beim Projekt mitmachen und deshalb legal Cannabis kaufen können. Ziel ist es, die Auswirkungen eines regulierten Bezuges auf Gesundheit und Konsumverhalten zu erforschen.

30. Juni

Der Gemeinderat fordert in einem Postulat, dass in den diversen städtischen Personalrestaurants und Kantinen in Zukunft zur Hälfte Bioprodukte verwendet werden sollen. Die SVP bezeichnet die Umstellung auf Bio als «dekadent».

Das Autofrei-Projekt der Stadt sollte auf der Entlisbergstrasse, der Hellmutstrasse und der Zschokkestrasse stattfinden. Einsprachen der jeweiligen Anwohner\*innen haben das Projekt auf der Hellmutstrasse und der Zschokkestrasse zu Fall gebracht, durchgeführt wird es jetzt einzig auf der Entlisbergstrasse.

Auch Uster will den Regierungsrat davon überzeugen, dass sein Spital unbedingt wieder auf die kantonale Spitalliste kommen muss. In einem offenen Brief weist der Stadtrat von Uster darauf hin, dass das Spital von regionaler Bedeutung ist. Es ist Notfallspital mit eigenem Rettungsdienst und mit zusätzlichem Rettungsdienst-Stützpunkt in Dübendorf. Das Spital sei für die Gesundheitsversorgung in der Region von grösster Bedeutung.